

VORLÄUFIGE GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigt sind die Mitglieder der Ortsvereine des UB Dresden, redeberechtigt darüber hinaus alle Mitglieder der SPD und geladene Gäste des Parteitages. Das Tagungspräsidium kann weiteren Personen auf Antrag das Rederecht erteilen. Wird dem widersprochen, stimmt der Parteitag darüber ab.
2. Der UB-Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.
3. Initiativanträge bedürfen der Unterstützung von mindestens 20 stimmberechtigten Mitgliedern in schriftlicher Form. Der Annahmeschluss ist 11:00 Uhr. Initiativanträge sind solche Anträge, die vom Inhalt her nicht zum normalen Antragstermin eingereicht werden konnten.
4. Sachanträge werden von der Antragskommission in thematische Blöcke gegliedert und von der Tagungsleitung mit zeitlichen Budgets versehen. Diese richten sich nach der Zahl der Anträge im jeweiligen thematischen Block.
5. Die Redezeit in der Diskussion beträgt höchstens drei Minuten. Ab der zweiten Wortmeldung beträgt die Redezeit höchstens zwei Minuten.
6. Wortmeldungen sind in der Regel schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen (Name, Ortsverein, Beratungsgegenstand). Über Ausnahmen entscheidet das Tagungspräsidium. Die Diskussionsredner*innen erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Dabei wechseln, sofern möglich, Redebeiträge von Frauen und Männern einander ab. Redebeiträge von Personen, die sich noch nicht zum Tagesordnungspunkt geäußert haben, werden vorgezogen (Erstrederecht).
7. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Sie gehen allen anderen Anträgen vor. Abstimmungen darüber erfolgen, nachdem je ein*e Redner*in für und gegen einen Antrag die Möglichkeit hatten zu sprechen. Die Redezeit beträgt höchstens zwei Minuten.
8. Geschäftsordnungsanträge können insbesondere gerichtet sein auf:
 - Auflösung oder Verlegung des Parteitages
 - Unterbrechung des Parteitages
 - Feststellung der Beschlussunfähigkeit
 - Ausschluss der Öffentlichkeit
 - Verlagerung eines Tagesordnungspunktes
 - Nichtbefassung mit einem Antrag
 - Führung einer Personaldebatte
 - Begrenzung der Redezeit
 - Abschluss der Redeliste oder der Debatte
 - Beanstandung von Verfahrensfehlern
9. Wahlen werden nach den Bestimmungen der Wahlordnung der SPD, den Regelungen des Statuts des SPD-Landesverbands Sachsen und den Bestimmungen des Unterbezirksstatuts durchgeführt.
10. Um einen zügigen Ablauf der Wahlgänge zu gewährleisten, kann die Mandatsprüfungs- und Zählkommission um weitere Mitglieder ergänzt und bei Bedarf in zwei Zähl- und Ausgabegruppen unterteilt werden.
11. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss einer Debatte bzw. nach erfolgter Abstimmung zulässig.
12. Die Geschäftsordnung wird zu Beginn des Parteitags mit einfacher Mehrheit beschlossen. Über Zweifel in der Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet das Tagungspräsidium.
13. Der UB-Parteitag endet um spätestens 17 Uhr, sofern alle in der Tagesordnung vorgesehen Wahlen bzw. Nominierungen durchgeführt und alle satzungsändernden Anträge behandelt worden sind. Die gegebenenfalls verbliebenen Anträge werden zur zeitnahen Behandlung an den Unterbezirksvorstand weitergeleitet. Abweichungen von diesem Vorgehen können nur durch Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.